

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 2

Artikel: Zivilverteidigung
Autor: Blöcker, Monica
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zivilverteidigung

Auf der Linken gehört es beinahe schon zum guten Ton, das vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Auftrag des Bundesrates herausgegebene Zivilverteidigungsbuch in Bausch und Bogen abzulehnen oder seine Autoren ins Lächerliche zu ziehen. Aber emotionelle Verdammungsurteile befriedigen höchstens den, der sie äussert, und nützen nichts; nur eine nüchterne Analyse kann weiterhelfen, denn sie allein hat Aussicht, auch von den Verteidigern der umstrittenen Schrift beachtet zu werden. Soll eine Verbesserung des Werkes und, was noch wichtiger ist, der zugrunde liegenden Konzeption erreicht werden, so muss es zum Dialog zwischen Gegnern und Befürwortern kommen.

Die Sache, um die es geht, ist viel zu ernst, um mit ein paar persönlichen Betrachtungen oder Schlagwörtern abgetan zu werden. Es gilt Grundsätzliches zu bedenken. Landesverteidigung bleibt solange eine Notwendigkeit, als es noch keine befriedete Welt gibt, in die wir uns eingliedern können, ohne den Verlust unserer Lebensweise befürchten zu müssen. Durch die moderne Kriegsführung ist Zivilschutz zu einem der zentralen Probleme der Landesverteidigung geworden, denn heute leidet in erster Linie die zivile Bevölkerung unter den Kampfhandlungen, wie die Tabelle Seite 53 im roten Büchlein andeutet und die meisten Bestandesaufnahmen gegenwärtiger bewaffneter Auseinandersetzungen zeigen. Durch die nuklearen Waffen wird der Trend zum Völkermord noch verschärft. Im Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Grossmächten haftet die Bevölkerung des eigenen Landes gleichsam als Geisel. Auch die Schweizer können dieser Entwicklung, die den Krieg allen Bestimmungen des Völkerrechts zum Trotz zu einem verabscheuenswerten Gemetzel Wehrloser gemacht hat, nicht entrinnen. Offen, wenn vielleicht auch nicht deutlich genug, wird im Zivilverteidigungsbuch gesagt, dass es für die Bevölkerung des Mittellandes keine Möglichkeit zur Flucht geben wird, dass sie aus den Kampfzonen ausser in besonders günstigen Fällen nicht evakuiert werden kann, dass allein der Bunker unter der Erdoberfläche ihr Schutz bieten könnte.

In der heutigen Situation ist jeder konstruktive Beitrag zu der beinahe unlösaren Aufgabe des Zivilschutzes zu begrüssen. Auch die strittige Schrift besitzt ihren Wert, denn sie macht die Bevölkerung auf die notwendigen Vorkehrungen aufmerksam und vermittelt manche brauchbare Information. Rückblickend wird ihre eigentliche Bedeutung wohl darin gesehen werden, dass sie den Anstoß zu der längst fälligen Diskussion des Themas auf breitester Basis gegeben hat.

Da jeder mit voller Kraft geführte Krieg unvorstellbare Zerstörungen anrichtet und unabsehbare Folgen hat – was nicht nur der defätistische

Hunkelmüller, sondern auch die verantwortlichen amerikanischen Politiker, die vor dem Einsatz von Atomwaffen in Vietnam zurückschrecken, erkannt haben –, da ein solcher Krieg alles Leben auf der Erde bedroht, ist er zu einem unbrauchbaren Mittel geworden. Ihn zu vermeiden, ist die erste Aufgabe jeder rationalen Politik – und eine andere können wir uns im technologischen Zeitalter nicht mehr leisten. Der Frieden muss um jeden Preis, ausser der Selbstaufgabe, erhalten werden. Bei der Ausarbeitung einer zeitgemässen Landesverteidigung sollte daher die Friedensforschung eine hervorragende Rolle spielen. Es ist wohl der verhängnisvollste Mangel des Zivilverteidigungsbuches, dass der Frieden bloss als Schimäre, als Zustand voller Gefahren (siehe unter anderem Seiten 271 und 300) dargestellt wird und nicht als einzig erstrebenswertes Ziel, auf das wir hinarbeiten müssen und können. Eine bessere Einleitung als die pathetische Beschwörung der schweizerischen Besonderheit und des historisch fragwürdigen Befreiungsmythos hätte eine Besinnung auf die Voraussetzungen des Friedens in unserer gefährdeten Welt gegeben.

Dass die grundlegende Orientierung am Frieden fehlt, scheint nicht zufällig zu sein, sondern der konservativ-militaristischen Einstellung der Autoren zu entsprechen. Der Begriff Frieden wird in ihrem Werk sogar abgewertet; Bemühungen um den Frieden, die über die Abwehr jeder Bedrohung hinausgehen, werden verdächtig gemacht. Wer sich für «eine Politik der Vermittlung, der Humanität und der Entwicklungshilfe» «anstelle der traditionellen Wehrpolitik» einsetzt, arbeitet bewusst oder unbewusst nach ihrem Kommentar für den Feind (Seiten 144/145 und 234). Die Forderung nach Herabsetzung der Wehrausgaben und Verwendung der Mittel für soziale Zwecke darf in unserem Lande auf keinen Fall mehr erhoben werden; sie grenzt nach den Zivilverteidigern an Landesverrat. Nirgends werden solche Feststellungen relativiert; im Gegenteil, es heisst, heute schon drohen uns Gefahren, die eine erhöhte Wachsamkeit erfordern.

Nach den Verfassern des Zivilverteidigungsbuches ist es kein Friedenszustand, was wir in der Schweiz seit Jahren erleben dürfen, sondern wir befinden uns mitten im Kalten Krieg. Nur die Überzeugung, es hätte sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen den erstarrten, ideologisch untermauerten Fronten nichts verändert, kann Bachmann und Grossjean verleitet haben, so ausführlich «Die zweite Form des Krieges» (Seiten 227 bis 272) zu beschreiben. Die Möglichkeit der inneren Aushöhlung und der Machtübernahme des Feindes auf legalem Wege scheint ihnen so aktuell zu sein, dass sie sich nicht scheuen, um der Gefahr zu begegnen, unserem relativ harmonischen Gemeinwesen die Bakterien der Verketzerung bestimmter Gruppen, des Denunziantentums und des Militarismus einzimpfen. Gleichzeitig wird ein geradezu blindes Vertrauen in die Ob rigkeit gefordert. Die Autoren scheuen sich nicht, billige Mittel anzuwenden und landläufige Vorurteile zu kräftigen. Sticheleien gegen Intellektuelle und Künstler (Seiten 228 ff.) ziehen bei den braven Bürgern immer.

Wer möchte bestreiten, dass bekannte Persönlichkeiten, Akademiker und Schriftsteller sich «gut als Lockvögel und Aushängeschilder eignen». In ihrer Weltfremdheit geben sie sich natürlich auch gerne dazu her. Wer das Gelesene anzuwenden versteht, weiss nun, für wen die intellektuellen Kritikaster, Miesmacher und Meckerer, denen gelegentlich auch «ehrbare Zeitungen» ihre Spalten öffnen, arbeiten. Die Eidgenossen werden in ihrer geheimen Abneigung gegen öffentliche Kritik und Opposition bestärkt. Klar und deutlich muss gesagt werden, dass Bachmann und Grosjean bei ihren Ausführungen über «Die zweite Form des Krieges» ein riskantes Spiel mit der Demokratie treiben, die letzten Endes auf einem allgemeinen Konsensus und Vertrauen auch Minderheiten gegenüber beruht. Es sind nicht nur die Beispiele oder Namen unglücklich gewählt, wie ein liberaler Kommentator sanft tadelnd bemerkt hat, sondern der Geist, der hier weht, gemahnt stark an den Ungeist, vor dem wir uns durch unsere Wehrhaftigkeit gerade schützen sollen und wollen.

Als willkommenes Nebenprodukt schaut bei der Impfung gegen falsche Idealisten Stimmungsmache gegen fortschrittliche und soziale Bestrebungen heraus. Nennt Adolf Wühler die Organisation, die er sich schafft, doch «Fortschrittliche Friedenspartei». Deren anrüchiges Programm verspricht «Kampf für den Weltfrieden, Entwicklung der Kultur, bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit» (Seiten 228 und 229). An andere verführerische Namen, denen wir Schweizer sicher ebenso leicht erlägen, wie «Verein zur Erhaltung der schweizerischen Eigenart» oder «Heimatschutzpartei» denken die Autoren lieber nicht. Ist der Rechtsextremismus wirklich keine Bedrohung mehr? Steht auch für einen neutralen Staat der Feind a priori links? Es wären die Konsequenzen zu ziehen.

Auf kleinere Mängel des Werkes soll nur hingewiesen werden. Dass das Kriegsspiel deutlich an Vorkommnisse zu Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert, erweckt den Verdacht, das entworfene Schutzprogramm entspräche dem vergangenen Kriege und sei gegenwärtigen oder gar zukünftigen Anforderungen nicht gewachsen. Fragwürdig erscheinen mir auch die Angaben über die Möglichkeiten, sich vor Atomwaffen sowie biologischen und chemischen Kampfstoffen wirksam, also dauerhaft, zu schützen. Als Laie kann ich mir zwar kein Urteil erlauben, nur die Vermutung äussern, dass die Bedrohung durch die ABC-Waffen zu undifferenziert dargestellt, ihre Wirkungen dagegen verharmlost worden sind. Zu undifferenziert: nicht alles, was denkbar ist, ist wahrscheinlich. Sogar die Nationalsozialisten setzten im Zweiten Weltkrieg nicht alle Waffen ein, die ihnen zur Verfügung standen. Verharmlost: Im Kriegsfalle werden wir es kaum mit einer einzigen Nuklearexplosion oder einer bald abklingenden Giftwelle zu tun haben, denn zu einem begrenzten Atom- oder Seuchenkrieg wird es in Europa kaum kommen. Der massive Einsatz dieser Waffen aber ist es, der zahllose Opfer fordert und ein jedes Vorstellungsvermögen übersteigendes Ausmass an Schäden bewirkt. Was aber hilft die halbe

Wahrheit über die Zerstörungskräfte, mit denen wir offenbar zu rechnen haben?

Der Verdacht steigt auf, dass die Autoren sich selbst nicht genügend Rechenschaft über die Tatsachen abgelegt haben. Sonst könnten sie kaum ein so übertriebenes Selbstbewusstsein propagieren (zum Beispiel Seite 146: «Wir sind nicht schwächer als andere Völker und unsere Vorfahren.»). Solche Sätze rufen nationalistische Phrasen ins Gedächtnis zurück, wirken antiquiert und sind heute sicher unangebracht. Ihnen entspricht der selbstgerechte Ton der Einleitung, die beinahe nur aus Behauptungen besteht. Der Versuchung, Schwächen mit grossen Worten zu überspielen, sollten wir nicht erliegen. Gerade ein Kleinstaat muss seine Kräfte realistisch einschätzen, wenn er sich behaupten will, sogar auf die Gefahr hin, dass die verantwortlichen Politiker erkennen, es sei besser, sich rechtzeitig nach Verbündeten umzusehen. Die Isolierung ist schliesslich nicht Selbstzweck.

Noch eine letzte kritische Bemerkung: Fehl am Platze, finde ich, sind manche der drolligen Illustrationen. Ihre Naivität unterstützt die Tendenz, das Problem des Zivilschutzes zu verniedlichen.

Es ist zu vernehmen, dass das Zivilverteidigungsbuch besonders von den Welschschweizern abgelehnt werde, dass es dazu beitrage, den Graben zwischen der deutschen und französischen Schweiz zu vertiefen. Müssen wir, da es nun einmal vorliegt, uns mit ihm trotz seinen offensichtlichen Mängeln abfinden? Wir Schweizer sind ein sparsames Volk. In diesem Falle aber würde sich die Ausgabe für eine zweite verbesserte Auflage sicher lohnen. So bald wie möglich sollten frische Kräfte – vielleicht sogar der eine oder andere der kritischen Intellektuellen – beauftragt werden, eine Neufassung zu schaffen.

Die Fragen der Demokratiereform betreffen aber nicht nur das Parlament und die Landtage, sondern auch die Parteien selbst sowie Körperschaften und Vereine, die in der Öffentlichkeit eine Rolle spielen. Es ist in diesem Zusammenhang schon wiederholt – darunter auch von mir – die Forderung aufgestellt worden, dass die Aufstellung der Kandidaten für Funktionen in Parteien und Körperschaften nicht durch ein «Wahlkomitee» erfolgen darf, weil dadurch die demokratische Entscheidung der Mitglieder vorweggenommen wird.

Friedrich Scheu in «Die Zukunft» (Juli 1969)
